

# Lübbeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübbeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pf.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Telefon Nr. 222.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechs-spaltige Zeile oder deren Raum 20 Pf., Verkaufungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pf., sonstwärtige Anzeigen 30 Pf. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 293.

Donnerstag, den 14. Dezember 1916.

23. Jahrg.

## Das Friedensangebot und die Presse.

Wie nicht anders zu erwarten, widmet die Presse der Reichstagsitzung vom Dienstag längere Ausführungen. Während die sozialdemokratische und liberale Presse das Vorgehen der Regierung begrüßt, sind die rechtsstehenden Blätter davon natürlich nicht sehr erbaud. Aus bestimmten Gründen wollen wir darauf verzichten, auf die einzelnen Argumente der letzteren näher einzugehen. Mögen sich unsere Leser selbst ein Urteil bilden.

Wir lassen nun einige Pressestimmen folgen:  
Der „Vorwärts“ schließt seinen „Die Menschheitsfrage des Friedens“ überschriebenen Artikel:

„Im Ausland jenseits der Schützengräben wird der Schritt der Mittelmächte einen Sturm der Erregung hervorzurufen. Seine regierenden Mächte sind von einer moralischen Umklammerung bedroht, die noch gefährlicher ist als die strategische. Sie können vielleicht die Stimme der Vernunft noch einmal erheben — aber ein neues Bukarest können sie dann nicht mehr riskieren, der Anmut ihrer Völker würde diese unerbittlichen Verlierer in den Orkus schleudern.“

Wir — warten. Und dieses Warten wird schwer genug, auch wenn wir uns mit dem äußersten Mißtrauen panzern. Ein Hundertstel Hoffnung gegen neunundneunzig Hundertstel Zweifel genügt, um die Pulse rascher schlagen zu lassen. Was kann an Menschenglück noch gerettet werden, wenn es diesmal gelingt! Und was kann unwiederbringlich verloren gehen, wenn es mißlingt!

Die Sozialisten Frankreichs gehören noch immer einer Regierung an, deren Verbündeter an der Neuaufnahme militärischer Anzuchtlosigkeit mit überloster Eroberungsplänen drapiert. Und die englischen Arbeiterpartei sind eben in ein Kabinett eingetreten, dessen Programm der Krieg bis zum Ende ist.

Die deutschen Sozialisten bilden sich nicht ein, fehlerfrei zu sein. Aber dessen Urteil nicht durch leidenschaftliche Gefühlsregung getrübt ist, wird nicht sagen können, daß sie ihre Sache immer schlecht gemacht haben. Der Geist des internationalen Sozialismus, der sie auffordert, für die rasche Beendigung des einmal ausgebrochenen Krieges zu wirken, ist in ihnen nicht tot. Er ist lebendige Kraft auch in dieser Zeit!

Die Arbeiter Englands, Frankreichs, Italiens, Rußlands sind heute vor die Aufgabe gestellt, der Welt und ihrem eigenen Volk einen ungeheuren Dienst zu leisten, indem sie sich mit den Deutschen zusammen auf den Boden gemeinsamer Friedensarbeit stellen. Auch sie haben für ihr Land namenlose Opfer gebracht, und niemand wird von ihnen erwarten, daß sie sich mit einer Demütigung ihres Volkes, mit einer Schädigung ihrer Interessen durch den Friedensschluß einverstanden erklären. Auch ihre Parole kann ebensovienig wie die unsere lauten: Frieden um jeden Preis.

Aber Krieg um jeden Preis? Ablehnung der Friedensangebote ohne Prüfung, ohne Verhandlung? Das kann ihre Sache nicht sein! Denn jene, die diese mörderische Parole ausgeben, wird der Fluch der ganzen Menschheit treffen, der Fluch des eigenen Volkes wird vielleicht zu allererst, aber am allerschwersten. Sollen wir auch hier verzweifeln? Nein, wir wollen hoffen, solange nicht bittere Wirklichkeit diese Hoffnung Lügen straft!

Das liberale „Berliner Tageblatt“ schreibt:  
„Wir begrüßen den Schritt der verbündeten Regierungen, und wir werden ihn auch dann für richtig und erfreulich halten, wenn sich zeigen sollte, daß die Regierungen der feindlichen Staaten noch nicht bereit sind, den Blutstrom, der sich seit zwei und einem halben Jahr durch Europa ergießt, einzudämmen.“

Wenn die gegnerischen Regierungen den Friedensantrag ablehnen und in ihrer Presse als einen Akt der „Schwäche“ höher lassen sollten, werden die leidenden Völker sich vielleicht doch mehr und mehr die Frage vorlegen, ob man sie nicht ohne Sinn und ohne zwingende Notwendigkeit zu stets neuen Opfern nötigt, in ein stets erneutes Gemetzel treibt. Das deutsche Volk aber wird, wenn die Antwort der Gegner verneinend lautet, klar seine Pflicht begreifen, alles Schwere zu ertragen, und auch noch Schwereres als bisher. Das ist, solange keine Möglichkeit zu einem annehmbaren, vernünftigen Frieden sich bietet, eine selbstverständliche Notwendigkeit.

Es ist begreiflich, daß die verbündeten Regierungen bei diesem ersten Schritt nicht gleich mit ihrem ganzen Programm hervorgetreten sind. Wenn die Entente-Regierungen dieses Programm kennen lernen wollen, so bietet sich ihnen dazu die Gelegenheit. Wir glauben, daß in diesem Augenblick keine Einwendung, kein Bedenken irgendwelcher Art sich vorbringen, daß niemand die Möglichkeiten, die in der Kundgebung liegen, vermindern darf. Ohne allzu hoffnungslos auf den sofortigen Erfolg zu bauen, müssen diejenigen, die nicht in Weitererträumen sich wiegen, mit voller Kraft jeden Schritt unterstützen, der vielleicht doch ein erster Schritt auf dem Wege zum Frieden werden kann.“

Die „Freisinnige Ztg.“ begrüßt ebenfalls den

„Welchen Eindruck diese Kundgebung auf die feindlichen Mächte machen wird, das wird man wohl in nicht allzu langer Zeit erfahren, da ihnen die Möglichkeit, das Ereignis zu verweigern oder durch rhetorische Kniffe auf der Rednerbühne ihrer Parlamente zum Schlechten umzuwenden, diesmal genommen ist. Denn ihnen wird ein diplomatisches Aktentück unterbreitet, auf das sie Rede und Antwort stehen müssen, so oder so. Die Bedeutung der Noten Deutschlands und seiner Verbündeten würde aber abgeschwächt, ihre Wirkung womöglich in das Gegenteil verkehrt worden sein, wenn jetzt der Reichstag sich in eine Diskussion über den diplomatischen Schritt eingelassen hätte, und wenn dabei die unzulänglich vorhandenen verschiedenen Auffassungen über das deutsche Kriegsziel zum Gegenstand polemischer Erörterungen gemacht worden wäre. Daher war es das einzig Richtige, daß die Mehrheit des Reichstages nach der Rede des Reichstanzlers die Vertagung des Reichstages auf unbestimmte Zeit aussprach und damit unerquickliche und schädliche Auseinandersetzungen beiseite schob, die von gewissen Seiten geplant waren. Es war eine etwas gemischte Gesellschaft, die dem Antrag Spahn auf Vertagung widersprach: Konservative, Nationalliberale und Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft. Diese Namen lassen allein erkennen, nach welchen Richtungen hin sich eine Diskussion über die Kanzlerrede verbreitet hätte. Daß daraus etwas Ersprießliches herausgekommen wäre, ist ausgeschlossen.“

Die „Frankf. Ztg.“ schließt ihre Betrachtungen wie folgt:

„Es ist verschiedentlich, und zwar gerade auch auf englischer Seite ausgesprochen worden, daß wenn Europas Staatsmänner erst einmal zu verhandeln begännen, sie den Beratungsaal nicht verlassen würden, ohne den Frieden geschlossen zu haben. Wir wissen nicht, ob diese Auffassung nicht zu gütig ist. Die Friedensschlüsse der Vergangenheit haben gezeigt, daß es, auch wenn man über die Hauptfragen einig war, doch immer große Schwierigkeiten machte, zum Abschluß zu kommen. Es hat dann oft noch Monate gedauert. Und dieser Krieg hat Probleme in Bewegung gesetzt von einer Größe und Vielschichtigkeit, wie vielleicht keiner zuvor. Aber auch wenn man sich der großen Schwierigkeiten, die einem Frieden auch im Wege stehen, vollkommen bewußt ist, wird man doch die Möglichkeit, zu einem Frieden zu gelangen, die in diesem Angebot liegt, schon nicht gering einschätzen dürfen. Die Note des deutschen Reichstanzlers eröffnet diese Möglichkeit. An den Regierungen der Entente wird es sein, durch ihre Antwort diese Möglichkeit weiter bestehen und zu einer Tatsache werden zu lassen, oder die Tür drohend ins Schloß zu werfen. Man hat vielfach gesagt, der Krieg sei zu einem wesentlichen Teil aus Mißverständnissen entstanden. Erst vor wenigen Wochen war in der englischen Wochenchrift „Nation“ diese Ansicht vertreten. Das Unheil, das aus diesen Mißverständnissen entstanden ist, läßt sich nicht wie mit einem nassen Schwamm wegwischen, aber die Einladung Deutschlands und seiner Verbündeten will verhüten, daß das Unheil auch jetzt noch weiter freige. Mit Recht lehnt die deutsche Note die Verantwortung für die blutigen Folgen ab, die entstehen, wenn die Entente-Regierungen sich weigern, zu kommen. Wie am Beginn des Krieges haben diese noch einmal die Entscheidung über die Frage: Krieg oder Frieden? in der Hand. Haben sie damals aus Irrtum und falschen Auffassungen verderbliche Entscheidungen getroffen, so steht ihnen jetzt diese Entscheidung nicht zur Seite. Sie wissen heute, wie es um Europa steht. Die Einladung des deutschen Reichstanzlers ist ein Appell an Vernunft und Gewissen, und unsere Stärke ist, daß diese beiden unsere mächtigsten und unüberwindlichen Verbündeten sind.“

Der nationalliberale „Deutsche Kurier“ sagt:  
„Die mit Spannung erwartete heutige Sitzung des Reichstages hat alle diejenigen enttäuscht, die von Sonderfriedensabsichten sprachen. Wie wir bereits seit langem gewohnt sind, so war auch diesmal der „Vorwärts“, d. h. Herr Scheidemann, vollumfänglich informiert, und es versteht sich, daß er aus diesem Grunde, warum man den übrigen Teil des Reichstages, der doch noch ziemlich beträchtlich ist, von dieser Artien gleich wie bei der parlamentarischen Behandlung oder vielmehr Nichtbehandlung der Errichtung des Königreichs Polen seitens der Regierung ausgeschlossen hat. So teilte denn Herr v. Bethmann-Hollweg dem Reichstage heute die vollzogene Pläne der Regierung mit, ohne auf sehr viel Gegenliebe bei den Parteien zu stoßen. Die Aufnahme seiner Worte war resigniert, nur von der Linken erscholl lebhafter Beifall. Wir möchten betonen, daß in der Nationalliberalen Partei starke Bedenken gegen diese Regierungsaktion bestehen und daß man nationalliberaler Seite eine ausführliche Besprechung des Friedensangebotes im Plenum des Reichstages fordern wird.“

Die konservative „Tägl. Rundschau“ zeigt sich blöde verärgert. Am Schlusse eines Stimmungsbildes aus dem Reichstage heißt es:

„Hat nun der „Vorwärts“ seine Bonne? Werden wir nicht auf Gleich vergebens mit den Schlägenen? Herr

v. Bethmann sagt, unsere Vorschläge würden „eine geeignete Grundlage“ für Verhandlungen bilden. Darunter läßt sich viel und vielerlei begreifen. Wir haben noch nicht ein ganzes ungeteiltes Wissen. Und vielleicht sagt der „Vorwärts“ nun doch: „Was hab ich, wenn ich nicht alles habe?“

Inzwischen wird der kaiserliche Armeebefehl an allen Fronten gelesen, der von dem Friedensangebot an unsere Feinde spricht. Er wird die Herzen höher schlagen machen. Er wird, sollte er Ablehnung finden, die Hände, Fäuste und Kolben fester zuschlagen machen.“

Die „Post“ stellt fest, daß dieser 12. Dezember 1916 Deutschlands Willen zu einem ehrenvollen Frieden hell zum Ausdruck gebracht hat. „Der Reichstanzler hat vor aller Welt seine Bereitschaft zum Verhandeln erklärt, aber nicht, wie zu verschiedenen Malen schon früher, als einen Wunsch der bescheiden im politischen Hintergrund harzte, sondern als politische Triebkraft, die fester und eiserner zu neuen Taten drängt. Deutschland will den Frieden! Es will ihn durch friedliche Uebereinkunft unter Anerkennung des Geschehenen. So ist also wirklich der 12. Dezember des dritten Krieges ein Wendepunkt des Weltkriegen überhaupt.“

An den Feinden ist es nun, mit ja oder nein zu antworten.“

Die „Post“ rechnet allerdings mit Bestimmtheit darauf, daß England und Frankreich die ausgestreckte Hand zum Frieden nicht ergreifen wird. Mit neuen, bisher unbekanntesten Kräften, müsse sich dann die kriegerische Kraft Deutschlands gegen den Erbfeind erheben.

In der „Germania“ (Zentrum) liest man:

„Es ist das schönste Vorrecht des Starken im Kriege, stets die Hand zum Frieden heret zu halten. Es ist mehr, es ist die heiligste Pflicht der Menschheit und der christlichen Moral in einem so gewaltigen, blutigen Völkerringen, wie es seit nunmehr zweieinhalb Jahren die Welt mit Schrecken erfüllt. Was der Reichstanzler über den neuesten gemeinsamen Schritt der Mittelmächte und ihrer Verbündeten zur Herbeiführung des Friedens mitteilte, ist ein Dokument von einer Friedensliebe, wie sie größer, entgegenkommender und rücksichtloser nicht gegeben werden kann.“

Von besonderem Interesse ist natürlich die Haltung der Presse der gegnerischen Länder. Soweit hier Pressestimmen vorliegen, sind sie allerdings nicht ermutigend. Man braucht hierauf aber keinen ausschlaggebenden Wert zu legen, da ja nicht die Pressehelden, die in der Mehrzahl der Fälle weit ab vom Schuß sitzen, die endgültige Entscheidung haben.“

Die englischen

Blätter bezeichnen im Allgemeinen das Friedensangebot als unaufrichtig. Einige Stimmen seien hier wiedergegeben:

„Daily Chronicle“ bespricht die deutschen Friedensvorschläge und schreibt: Wir fühlen die ganzen Schrecken des Krieges für die Menschheit, wie Deutschland jetzt zu tun behauptet, und es ist offenkundig, daß wir christlicher fühlen, als Deutschland, da wir uns hart bemühten, den Krieg abzuwenden, als Deutschland ihn mutwillig herbeiführte. Deutschland kann unter den von uns aufgestellten Bedingungen Frieden haben. Wenn es über diese Bedingungen irgendwie im Zweifel ist, kann es sie von uns jederzeit erfragen. Was uns selbst betrifft, verlangten wir immer und tun es noch: Entwaflnung der deutschen militärischen Maschine; Auslieferung oder Vernichtung der Flotte und der ganzen Artillerie Deutschlands. Wir zweifeln, ob das Schreckgespenst weiterer Weltkriegen, die zu einem neuen Krieg führen würden, mit weniger drastischen Bedingungen beseitigt werden können.“

„Daily News“ schreibt: Die Alliierten können nicht auf Friedensverhandlungen auf der von Bethmann-Hollweg angebotenen Grundlage eingehen, sondern müssen ihrerseits dem Feinde und der Welt ihren Fall vorlegen und die Verantwortung für die Annahme oder Ablehnung ihrer Bedingungen als Grundlage auf Deutschland abwälzen.“

„Daily Mail“ schreibt: Von Bethmann hat nicht mehr Recht auf eine Antwort, als wäre er als ein bewaffneter Eindringling in ein Privathaus eingebrochen. Die Alliierten wissen, daß ein Friede mit einer Nation von Tigern, Wördern und Staatsmännern, die alle Verträge als einen Fetzen Papier betrachten, nicht Papier und Tinte wert wäre.“

„Daily Telegraph“ sagt anlässlich Bethmanns Erklärung, daß Deutschland siegreich sei: Man muß zugeben, daß Deutschland den Höhepunkt seiner Macht erreicht hat. Daraus ist logisch zu schließen, daß ein Niedergang unvermeidlich folgen wird. Der Feind hat seine Hilfsquellen bis zum Neuesten beansprucht und nichts kann jetzt die allmähliche Verarmung des Deutschen Reiches aufhalten.“

„Morning Post“ bezeichnet das Friedensangebot als einen Schluß und zugleich verzweifeltsten Versuch, die Folgen eines militärischen Mißerfolgs im voraus abzumildern. Es sei kein Friedensvorschlag, sondern der Vorschlag zu einem Waffenstillstand, weil Deutschland nicht imstande ist, die Armeen und die Flotten der Verbündeten zu vernichten.“

Zum Schluß seien noch die Bemerkungen der „Times“ wiedergegeben. Unter dem Titel „Ein Hand-

greiflicher Betrug" sagt das Blatt: "Obwohl das deutsche Friedensangebot noch nicht genau umschrieben ist, weder in der Note an die Alliierten und an den Papst, noch in der Rede des Kanzlers, so weist die Ausdrucksweise des Friedensangebots, sowie die Zeit und die Umstände, unter denen es erfolgt ist, klar darauf hin, daß das sogenannte Friedensangebot nicht aufrichtig ist. Die Kanzlerrede und die Noten trafen über von Braxterei über Deutschlands Unbesiegbarkeit und über Leistungen von Hindenburgs unvergleichlichem Genie. Die "Times" bemerkt, daß diese Großtuerie nicht die Sprache eines kriegführenden Landes sei, das aufrichtig danach strebe, mit seinen Feinden zu einer Voreinstimmung zu kommen. Ironisch hebt das Blatt hervor: "Der Kanzler und sein Herr tun so, als wenn sie von den edelsten Beweggründen besetzt wären. Dennoch schlugen sie gleich darauf einen drohenden Ton an, für den Fall, daß die Alliierten dumm genug sein sollten, das deutsche Friedensangebot abzulehnen. Dann könnte Deutschland die Alliierten für alle Folgen verantwortlich machen, und der Hinweis auf das, was noch kommen wird, soll vielleicht eine verstellte Drohung sein, mit einer alles Bisherige übertreffenden Zurückbarkeit zu kämpfen. Natürlich werden die Alliierten sich durch diese Machie nicht im mindesten rühren lassen, denn es ist nur eine Parade im Kraftprozeß und laßungsvoller Selbstgerechtigkeit." Das Blatt meint, daß der gleiche Eindruck auch bei allen Neutralen erweckt werden wird. Deutschland habe mit allen denkbaren Mitteln vergeblich danach getrachtet, Amerika zu einem Vermittlungsversuch zu veranlassen, und da sich auch kein anderer Neutraler dazu bereit finden wollte, habe Deutschland seine Zuflucht zu diesem direkten Angebot genommen. Das sei in erster Linie ein Beweis dafür, daß Deutschland sich schwach fühle.

Dem Amsterdamer "Handelsblad" wird aus Paris über das deutsche Angebot zur Friedensbereitschaft gemeldet, daß die ganze

#### französische

Presse dahinter einen Winkeln vermutet und zur Vorsicht mahnt. Verschiedene Blätter weisen darauf hin, daß der Plan des Kanzlers zwei Ziele haben dürfte: Wenn die Verbündeten sich in Unterhandlungen einlassen, will er sie dadurch entzweien, indem er dem einen mehr anbietet als dem anderen, und wenn sie das Angebot ablehnen, will er auf die Verbündeten die Verantwortlichkeit für die Fortsetzung des Kriegs werfen. Die Blätter erkennen die jüngsten militärischen Erfolge Deutschlands an, behaupten jedoch, daß es in absoluter Notwendigkeit infolge der wirtschaftlichen Lage so handle. — Der "Matin" sagt, der dem Vorschlag zugrunde liegende Gedanke ist zu durchsichtig. Buzareff ist gefallen. Man sieht in Berlin ein, daß die neuen Ministern in London und Paris und die öffentliche Meinung in Petersburg und Rom die kräftigste Wiederaufnahme des Kriegs durch den Bismarck beschränken lassen. — "L'Echo" schreibt im "Petit Journal": Die Deutschen werfen der öffentlichen Meinung das Wort "Frieden" hin, um sie glauben zu lassen, daß die Deutschen bereit seien, auf ihre Ansprüche, nämlich auf die Zertrümmerung, den Untergang und die Dienstbarmachung der Völker, welche sie herausgefordert haben, zu verzichten. Möge unsere neue Regierung gegenüber den Verlierern stark sein. — "L'Echo" erblickt in den deutschen Vorfällen das gleiche Manöver, wie es die bürgerliche Dienstpflicht und die Unabhängigkeitserklärung Bolens darstellte. Alle diese Maßnahmen weisen darauf hin, wie notwendig Deutschland den Frieden brauche. — "Le Figaro" sagt im "Echo de Paris": Der Coup muß seit langer Zeit vorbereitet gewesen sein. Herbetie ertrankte daran, daß Deutschland immer einen Angriff vorbereitete, während es scheinbar über Verhandlungen sprach. Deshalb warnt er die neue Regierung, daß sie ja auf ihrer Hut vor plötzlichen deutschen Angriffen sei, sowohl auf der französischen wie auf der Saloniki-Front.

Die

#### italienische

Presse läßt in daselbe Horn, mit Ausnahme des "Avanti", dessen Bemerkungen zu dem Friedensangebot natürlich von der Zensur gestrichen sind. — "Corriere della Sera" weist das Friedensangebot zurück und bemerkt, der Kanzler übertriebe die Bedeutung der Erfolge in Rumänien, die deutsche Begeisterung hierüber würde Herrn v. Bethmann-Hollweg nicht veranlassen, seine bisherigen Ziele so zu ernähren, daß die Entente ihre bisherigen Opfer für die Befreiung Europas nicht umsonst gebracht haben würde. Der Kanzler wiederhole nur das alte Spiel, indem er versuche, die öffentliche Meinung in den feindlichen Ländern über die wirkliche Kriegslage zu täuschen, für die die gegenwärtige Kriegslage nicht maßgebend sei, da begründete Hoffnung für einen Einbruch der Entente bestehe. — "Popolo d'Italia" bemerkt, der Reichskanzler biete einen preislichen Frieden an, den die freien Völker nicht annehmen könnten und auch nicht annehmen würden. Das italienische Volk antworte mit einem "niemals". Der Krieg müßte bis zum Einbrüche durchgeführt werden, andernfalls eine schwere Knechtschaft der Völker harrten würde. — Das Mailänder "Secolo" äußert seine laienmäßige Bemerkung, daß erstmals in der Weltgeschichte die angeblich siegreiche Koalition den Frieden vorschlägt, um dann fortzuführen: "Die tatsächliche Lage ist diese: Deutschland und seine Verbündeten haben auf allen europäischen Schlachtfeldern große Gebiete besetzt, aber den Feind weder materiell noch moralisch niedergebungen, und bezogen den erduldenen Wunden nach dem Kampfsende." Der "Secolo" unterscheidet Deutschland die Unfähigkeit, Volkswirtschaft, innere Einigkeit und Entschlossenheit in den Ländern der Feinde zu untergraben, und verrückt hochfahrend, der Bismarck werde nicht in die Falle gehen, vielmehr unerschrocken weiterkämpfen.

Die

#### neutrale

Presse äußert sich allgemein sehr günstig über das Friedensangebot. Bei der Bedeutung dieser Ereignisse werden wir morgen darauf zurückkommen.

## Vom Tage.

Der dringende Ruf des französischen Volkes nach Einheitsfront des Bundes der Verbündeten war nicht ganz vergeblich, nur dürfte das Ergebnis wenig betrübend sein. Die Einheitsfront vollzieht sich nicht an der militärischen Front, sondern an dem Gebiete der Kabinetsarbeiten. Und nach russischer Feder. Buzareff ist Stürmer, um Buzareff das zu machen. Buzareff folgte Cernomir: Buzareff wurde durch Lloyd George gestürzt, der eine Umgestaltung des Kabinetts vorschlug. Inzwischen wurde auch der Ministerpräsident Briand von einer ähnlichen Krise ergriffen, die in 10 geheimen Sitzungen

ihre Lösung fand. Briand wurde gezwungen, sein Kabinett umzugestalten. Die Ursachen dieser ministeriellen Erschütterungen sind von dem Thema der Seine und der Themis sind dieselben: tiefe Unzufriedenheit der Verbündeten mit der Kriegslage, der heisse Wunsch nach gewaltiger Energieentfaltung, um den endgültigen und vernichtenden Sieg über Deutschland zu erringen.

Dem Beschlusse der Kammer gemäß, warf Briand die alten Herren, die sein Kabinett belasteten, über Bord. Die Combes, Dengs Cochin und Freycinet gingen und jüngere Kräfte wurden berufen, ihre Ämter auszufüllen. Es muß für Briand ein malitioses Vergnügen gewesen sein, Jules Guesde und Marcel Sembat loszuwerden, obwohl letzterer sich viel anpassungsfähiger gezeigt hat, als man geglaubt hatte. Sembats Erteilungen und Konzessionen in den algerischen Petroleumfeldern an englische Kapitalisten hat das französische Kapital arg verächnelt. Seine staatsmännlichen Neben in den Konferenzen der Pariser Sozialisten haben ihm bei Briand nicht genügt. Sembat, der bei Kriegsausbruch als der Nachfolger von Saures betrachtet und verehrt wurde, hat jetzt vollends abgewirtschaftet. Der einzige Sozialist, der an Briands Seite blieb, ist Albert Thomas, der als gelehriger Nachahmer von Lloyd George sich zum Staatssozialisten und annerkennungslustigen Politiker entwickelt hat.

Das neue Kabinett Briand geht verkleinert und verjüngt aus der Krise hervor; es legt sich folgendermaßen zusammen: Vorsitz und Außenber: Briand, Justiz und Unterrichts: Viviani Finanzen: Ribot, Inneres: Malon, Krieg: General Lyautey, Marine: Admiral Lacaze, Volkswirtschaft (Handel, Industrie und Ackerbau): Cernomir, Transporte und Post- und Militärverpflegung: Herriot, Kolonien: Doumergue, Bewaffnung und Herstellung von Kriegsmaterial: Albert Thomas.

Ueber die Aufnahme des Friedensangebots der Mittelmächte in der Presse der gegnerischen Länder berichten wir an anderer Stelle. Neuierungen von leitenden Staatsmännern der Entente liegen noch nicht vor. Wir halten es auch für verkehrt, aus einem Depeschenwechsel zwischen Lloyd George und Briand, in dem sie sich gegenseitig versichern, den Krieg bis zum siegreichen Ende weiter zu führen, irgend welche Schlussfolgerungen in bezug auf die Aufnahme des Friedensangebots bei den leitenden Personen in Frankreich und England zu ziehen, da letzteres ihnen kaum beim Abenden der Depeschen bekannt geworden sein dürfte.

Nach einer Meldung aus dem Haag sprach in der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer der Redner der sozialistischen Partei die Hoffnung aus, daß der Bismarck auf Deutschlands Friedensangebot eingehen werde. Er begrüßte es als einen Lichtstrahl in der Finsternis.

Die englische Regierungserklärung, die man für heute erwartete, ist bis zur nächsten Woche verschoben worden und zwar infolge Unwohlseins Lloyd Georges und Asquiths. — Nach einer Amsterdamer Meldung sollen sich die Mitglieder des Unterhauses gestern, als die Nachricht von dem deutschen Friedensangebote eintraf, von den Plätzen erhoben haben. Warum das geschehen ist, ist uns ziemlich unklar.

Zum italienischen sozialistischen Friedensantrag wird aus Lugano noch gemeldet: Er ist in aller Form eingelangt worden, die aber die Nägel dazu lieferten, sind schlimmer daran als je; und sie leugnen es auch nicht. In der Sitzungsjacke, wo sie noch Disziplin bewahren zu sollen glauben, schweigen sie, um so bedröckter sind sie aber in den Wendelgängen. Vom Giolittianer Peano erzählt man zum Beispiel, er habe Ferris und Modigliani, die den Friedensantrag begründeten, nach der Sitzung zu ihren sachlichen Neben beglückwünscht, und auf ihre Frage, warum er dann gegen den Antrag stimmte, erwidert: Weil er vielleicht um einige Wochen zu früh kam. Peano ist Giolittis Schatten, er war dessen Kabinettschef im Ministerium des Innern, und der Brief, mit dem Giolitti Anfang Mai 1915 die Neutralitätsverhandlungen mit Oesterreich in letzter Stunde zu retten versuchte, ist an ihn gerichtet. In den Wandel gängen fiel aus dem Munde eines anderen Giolittianers, des früheren Ackerbauministers Colosimo, das Wort: "Wenn die Kohlenkrise nicht überwunden wird, wird Italien streifen; England darf nicht glauben, daß wir seiner Weltbeherrschung unsere Existenz zu opfern gedenken."

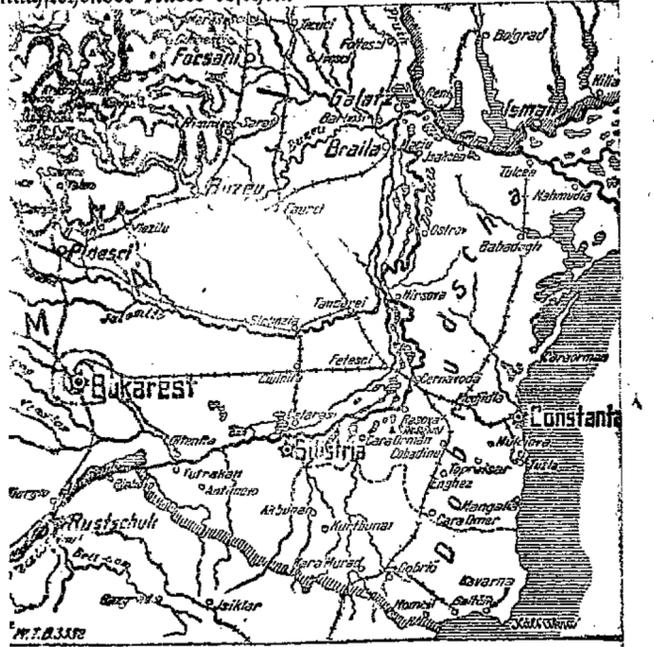
Die Ereignisse in Rumänien werden den Äußerungsprozess, der sich im stillen vollzieht, beschleunigen; Italien wird sehr bald freieren müssen.

Daß die Kriegsbücher ob dem immer näher herankommenden Umschwung der Geister ein hanges Gruseln beschleicht, erhebt man aus den pathetischen Klagen des "Corriere della Sera" und noch mehr aus dem wilden Beschimpfe des "Popolo d'Italia". Das ehemals bürgerliche Familienblatt und der Sanjalotte Mussolini wissen sich über die laienliche Offenheit, mit der die Sozialistenführer Treves und Turati die vom blinden Nationalismus dem Lande geschlagenen Wunden bloßlegten, nicht zu schämen; was aber ihre heuchlerische Zuversicht am tiefsten erschütterte, ist die nicht abzuleugnende Tatsache, daß die Kammer den Angriff der zwei Sozialdemokraten gegen die eigenjüchtige Politik Englands schweigend hinnahm. Treves fand in seiner Philippika gegen die politische Ausbeutung Italiens durch den englischen Vorkriegsminister Agente, die die Spannung der Kammer aus höchste reizerten. Unwiderrsprecht sprach er den lapidaren Satz: "Seiner harten Selbstjücker, seinem Streben nach Alleinherrschaft hat England den europäischen Frieden geopfert, Deutschland um seiner Selbsterhaltung willen zum Kriege gezwungen."

Die Minister am Regierungstisch blühen verlegen drein, die Kammer blieb stille. Die Sitzung wurde bald darauf ausgesetzt und in den Wandelgängen wurden die zwei wütenden Wahrheitsbekenner von ihren Gegnern beglückwünscht. Die Wahrheit muß sich vorläufig noch mit dem — Kartezimmer begnügen.

Ingeheiß des immer weiteren Vordringens der Deutschen ist der bekannte französische General Berthaut ehrlich genug, zuzugestehen, daß Rumänien nicht mehr zu retten ist. Er sagt im "Petit Journal", der rumänische Rückzug sei kein strategischer Rückzug mehr, sondern ein ungewollter, und unter Gesichtspunkten, die man besser nicht anwenden sollte. Die Erwartungen auf die rumänische Mandrierarmee hätten sich nicht erfüllt. Heute sei es klar, daß sie nicht mehr eintreffen würde. Rumänien könne also nunmehr als erledigt betrachtet werden. Ein neuer Feldzug in Rumänien sei zwar möglich, aber unterdessen würden sich die Deutschen ebenso begünstigt haben, wie auf allen anderen Fronten. Nachdem aber die rumänische Frage zur Zufriedenheit der Mittelmächte geregelt worden, müsse man der griechischen Frage ernsthafte Aufmerksamkeit schenken.

Ueber die Kriegslage ist heute nur die erfreuliche Tatsache zu melden, daß sich die 9. Armee, die am 11. Dezember 22 Offiziere, 2860 Mann, 12 Maschinengewehre, 5 Geschütze und 7 Lokomotiven erbeutete, Buzareff nähert. Unsere Leser können die Bedeutung dieses Vorgehens aus nachstehender Karte ersehen.



Die östliche Walachei.

## Allerlei Kriegsnachrichten.

Das Friedensangebot vor dem ungarischen Reichstag. Am gleichen Tage wie in Berlin versammelte sich auch das ungarische Parlament, um zu der Friedensfrage Stellung zu nehmen. Unter allgemeiner Erwartung verlas Graf Tisza die Note der verbündeten Mächte an die Ententestaaten. Anschließend daran sagte er:

Jah mächte hervorheben, daß der in der verlesenen Note vertretene Standpunkt eigentlich nichts Neues enthält, sondern nur jenen Gesichtspunkt ausdrückt, den die Monarchie und ihre Verbündeten während des Krieges und schon vor diesem einnahmen. Diese Tatsache muß hervorgehoben werden, um den unternommenen Schritt nach seiner wahren Bedeutung zu würdigen. Der Ministerpräsident gab sodann einen geschichtlichen Rückblick auf die europäische Lage und wie diese sich seit Bildung der zwei Mächtegruppen entwickelte. Die Gruppe der Mittelmächte sei auf Verteidigung und Abwehr bedacht gewesen, während Rußland infolge seines Ausdehnungsdranges auf dem Balkan und Frankreich durch Revanchegedülste eine aggressive Politik verfolgten. Doch erst der Anschluß Englands stärkte in Petersburg und Paris die Hoffnung auf Vermittlung der Angreiffslane, die auf die Zertrümmerung Deutschlands und der Monarchie gerichtet waren. Als die Bismarckmächte sich uns in den Weg stellten, um die Abwehr der beispiellosen Herausforderung zu verhindern, mußten wir zur Wahrung unserer bedrohten Lebensinteressen und zur Sicherung unserer Existenz zu den Waffen greifen. Wir ergriffen aber das Schwert ohne jeden Gedanken an Eroberung und ohne haßerfüllte Leidenschaft auf die Vernichtung unserer Gegner. Wir waren stets vor dem Krieg, dann im Augenblick seines Ausbruches und auch während der ganzen Dauer bereit, Frieden zu schließen. Der Grund, daß wir in feierlicher Form die Rundgebung unserer Friedensabsicht nicht früher veranstalteten, war der, daß wir einem solchen Feinde gegenüberstanden, der auf unsere Vernichtung ausging und dem wir daher ein Friedensangebot nur dann machen konnten, wo es niemand in den Sinn kommen konnte, ein Zeichen der Schwäche darin zu erblicken.

Wir glauben, daß jetzt, wo die im Sommer begonnene große Dissenlinie unserer Feinde als geschietert betrachtet werden kann, wo der letzte Trumpf, die Einmischung Rumäniens, vergeblich ausgespielt wurde, wo eben wegen der Erfolge in Rumänien auch der Luftungerungsplan vereitelt ist, der geeignete Augenblick gekommen ist, um ein Friedensangebot zu machen. Unser Minister des Aeußern setzte sich deswegen mit den Bundesgenossen in Verbindung. Diese Anregung ist sympathisch aufgenommen worden. In vollstem Einvernehmen und nach reiflicher Ueberlegung entschlossen sich sämtliche Mächte des Bismarckbundes, ein Friedensangebot zu machen. Es ist jetzt die Sache unserer Gegner, dazu Stellung zu nehmen. Sie stehen vor einem Entschluß von Bedeutung, wie er nur ganz vereinzelt in der Geschichte dasteht. Wenn sie wollen, können sie den Krieg fortsetzen, aber der Krieg kann von ihnen nur mehr ohne jede Hoffnung auf Erfolg und ohne jede Aussicht auf irgend ein Ergebnis weitergeführt werden. Wenn es Sünde ist, einen Krieg in der Hoffnung auf Machterweiterung zu entfesseln, so ist die Sünde noch tausendmal größer, ihn fortzusetzen, wenn auch diese Hoffnung geschwunden ist.

Wenn unser Friedensangebot den entsprechenden Widerhall bei unseren Gegnern finden wird, wird die Hersteellung des Friedens nach meiner Ueberzeugung keinen unüberwindlichen Schwierigkeiten begegnen. Meiner Ueberzeugung nach sind die Friedensanerbietungen, die wir stellen würden, annehmbar und geeignet zur Herstellung eines dauernden Friedens. (Allgemeine lebhaft Zustimmung.) Wenn unsere Gegner diesen Weg betreten, werden sie bei uns auf eine ehrliche und logale Aufnahme rechnen können. Wenn die Gegner jedoch den Krieg fortsetzen wollen, wird der Krieg weitergeführt. Wegen des Ergebnisses kann kein Zweifel sein. Wir haben in den schwierigsten Zeiten des Krieges standgehalten. Wer kann zweifeln, daß wir den Krieg nicht auch weiterhin siegreich führen werden! Die Verantwortung trifft diejenigen, welche offen die mannhafte zum Frieden ausgestreckte Rechte zurückgewiesen haben. (Beifall.) Wir werden diesen Schritt auch dann nicht bereuen, wenn er kein Entgegenkommen finden sollte. Wir werden in dem ruhigen Bewußtsein den Krieg fortsetzen, daß wir den ehrlichen und ersten Versuch unternommen haben, der verheerenden Arbeit des Kriegsdämons ein Ende zu machen. (Lebhafte Zustimmung.)

Von allen Seiten wurde die Rede, welche an vielen Stellen von Zeichen der Zustimmung unterbrochen wurde, am Schluß mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Hierauf sprachen die Vertreter der einzelnen oppositionellen Fraktionen, die ihre rückhaltlose Zustimmung zu dem Friedensangebot ausdrückten.

### Japans Gegenfatz zur Entente.

Unter Vorbehalt meldet der „Balken-Anzeiger“: Aus privater gut unterrichteter Quelle wird uns gemeldet, daß Japan im Begriffe steht, sich von der Entente loszulösen. Der Grund soll darin liegen, daß die Entente sich geneigt hat, bestimmte Forderungen Japans zu erfüllen. Wie aus London gemeldet wird, hat die japanische Regierung ein Abkommen mit Brasilien getroffen über den Bau von Eisenbahnen, verschiedene Kolonisationsunternehmungen und ferner über die Schaffung direkter Schiffsahrtsverbindungen.

## Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 14. Dezember.

Die Bürgererschaft wird sich am kommenden Montag abend mit folgenden Gegenständen zu beschäftigen haben: I. Mittelungen des Senates. II. Anträge des Senates: 1. Abänderung des Bebauungsplanes für das Gelände der früheren Frenantstraße. 2. Bewilligung weiterer Mittel für außerordentliche Ausgaben aus Anlaß des Krieges. 3. Fortführung und fernere staatliche Unterstützung des bisher von Fräulein Ana Kreske geleiteten Privattheaters. 4. Bereitstellung von Mitteln für außerordentliche Ausgaben des Polizeiamts aus Anlaß des Krieges im Rechnungsjahre 1916. 5. Erlass eines neuen Hundesteuergesetzes. 6. Aufhebung des Gesetzes vom 21. April 1879, die Tagelöhner und Reisekosten der von Lübeck ernannten Richter und Gerichtsbeamten sowie des Staatsanwalts und dessen Stellvertreter betreffend. 7. Abänderung des Gesetzes vom 15. November 1913, betreffend die Gefandfrankenkasse. 8. Bau eines Hauptfisches im Zuge der Finkenstraße, der Bachwehr-Allee und der Wielandstraße.

**Die Hundesteuererhöhung.** Wie unsern Lesern bekannt ist, hat der Bürgerausschuß den Senatsantrag, der die Steuer für einen Hund von 15 auf 25 Mk. erhöhen wollte, so abgeändert, daß die Steuer in Zukunft 40 Mk. betragen soll. Eine vom Bürgerausschuß eingeleitete Kommission hatte in ihrer Mehrheit (drei Mitglieder) 30 Mk. als Steuer für angemessen erachtet, während die Minderheit (zwei Mitglieder) den bisher geltenden Satz von 15 Mk. bestehen zu lassen empfahl. Diese Steuer ist immer nur für den ersten Hund in Aussicht genommen. Wer noch einen zweiten Hund hält, der muß dafür einen weiteren Zuschlag zur Steuer bezahlen. Nunmehr hat der Senat der Bürgererschaft eine Vorlage zugehen lassen, in der er den Beschlüssen des Bürgerausschusses beitrifft, die nur mit einer kleinen Zusatzmehrheit gefaßt sind. Der Senat erklärt in seinem Dekret ausdrücklich, daß er die von ihm beantragten Sätze für ausreichend erachtet; er hat indes geglaubt, auch in diesem Punkte den Beschlüssen des Bürgerausschusses nicht widerstreben zu sollen. Wie entgegenkommend! So ist der Senat sonst nicht häufig, wenn der Bürgerausschuß etwas beschlossen hat, das nicht mit seinen Anträgen übereinstimmt. Als vor einigen Jahren dieselbe Bürgererschaft, die noch jetzt im Amte ist, eine damalige Hundsteuererhöhung nach ihrem Sinne umänderte und verbesserte, da ließ der Senat das ganze Gesetz lang- und langsam unter den Tisch fallen. Am kommenden Montag wird sich ja zeigen, ob die Bürgererschaft an ihrem zuletzt eingenommenen ablehnenden Standpunkt gegen die Hundesteuererhöhung festhält oder nicht und ob sie noch gewillt ist, Rücksicht auf die weniger bemittelten Tierfreunde zu nehmen.

**Die Einführung einer Vermögenssteuer** ist nunmehr auch in Lübeck beachtlich. Gestern hatte sich der Bürgerausschuß mit einem diesbezüglichen Gesetzentwurf zu beschäftigen, den er zur Vorprüfung an eine fünfmitgliederige Kommission verwies. Die Steuerbehörde sagt in ihrer Begründung der Vorlage: „Die erheblichen Aufwendungen, die Lübeck infolge des Krieges bereits gemacht hat und noch weiter machen müssen nötigen dazu, auf die rechtzeitige Erschließung einer neuen Einnahmequelle Bedacht zu nehmen. Diese kann auf dem Gebiete direkter Steuern nur in einer Vermögenssteuer gefunden werden. Wenn Lübeck diesen Weg bisher nicht bestritten hat, so ist der Grund dafür, daß hier das fundierte Einkommen durch die Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Deszendenten und unbeeidete Ehegatten zwar nicht dauernd und gleichmäßig, dafür aber bei Erbfällen um so schärfer herangezogen wurde. Eine Vermögenssteuer neben der Erbschaftsteuer für Abkömmlinge in gerader aufsteigender Linie erschien jedenfalls solange nicht angängig, als diese Abgabe in der durch das Erbschaftsteuergesetz festgelegten Höhe bestand. Nunmehr hat der Senat auf Antrag der Steuerbehörde mit Rücksicht auf die durch das Erbschaftsteuergesetz herbeigeführte Mehrbelastung beschloffen, die Anfangsjahre der Erbschafts-abgabe für Kinder und weitere Abkömmlinge um je 1 v. H. herabzusetzen und dazu die Mitgenehmigung der Bürgererschaft herbeizuführen. Damit ist dieser Einwand beseitigt und es sind unter der Voraussetzung der Wenderung der Erbschafts-abgabe und bei der Notwendigkeit der Vermehrung der Staatseinnahmen Bedenken gegen die Einführung einer in mäßigen Grenzen haltenden Vermögenssteuer nicht zu erheben. Hinsichtlich der Höhe der Steuer erscheint es zweckmäßig, sich dem preussischen Steuerfuß von 1/2 vom Tausend anzuschließen, der noch größeren Einfachheit halber die dort bestehenden Steuerstufen nicht zu übernehmen. Das finanzielle Ergebnis der Steuer würde jährlich unter Zugrundelegung des bei der Erhebung des Wehrbeitrages in Lübeck ermittelten Gesamtvermögens von rund 500 Millionen Mark 250 000 Mark betragen. Diese Summe würde allerdings nicht hinreichen, um die während des Krieges eingetretene Erhöhung der Schuldenlast des Staates zu verzinsen und allmählich zu tilgen. Immerhin dürfte sie innerhalb des Rahmens des Haushaltsplanes, dessen Rückgrat der Einnahmen stets die bewegliche Einkommensteuer bilden wird, als ausreichender Zuwachs wenigstens zuerst anzusehen sein. Was die Grenze der Besteuerung anlangt, so folgt der Entwurf grundsätzlich dem preussischen Ergänzungsteuergesetz, indem es neben dem Vermögen auch das Einkommen berücksichtigt. Nun wird es den hiesigen Verhältnissen entsprechen, die untere Anfangsgrenze des Vermögens von 6000 Mk. auf 10 000 Mk. und diejenige des Einkommens bei einem Vermögen von nicht mehr als 20 000 Mark von 900 auf 1500 Mk. zu erhöhen. Nach dem Gesetzentwurf unterliegen der Vermögenssteuer 1. die nach Paragraph 1 Nr. 1 bis 3 des Einkommensteuergesetzes vom 1. November 1913 steuerpflichtigen natürlichen Personen nach dem Gesamtwert ihres Vermögens; 2. ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit, Wohnsitz und Aufenthalt alle natürlichen Personen nach dem Werte ihres lübeckischen Grund- und Betriebsvermögens. Bezirkt von der Vermögenssteuer sind die von der Einkommensteuer befreiten Personen; diejenigen Personen, deren steuerpflichtiges Vermögen den Gesamtwert von 10 000 Mk. nicht übersteigt und diejenigen Personen, deren nach dem Einkommensteuergesetz zu berechnendes steuerpflichtiges und steuerfreies Jahreseinkommen 1500 Mk. nicht übersteigt, sofern der Gesamtwert ihres steuerpflichtigen Vermögens nicht mehr als 20 000 Mk. beträgt. Für die Veranlagung der Vermögenssteuer wird das Vermögen der Ehegatten zusammen gerechnet, sofern sie nicht dauernd von einander getrennt leben. Die Vermögenssteuer beträgt 50 Pfg. für je tausend Mark des auf volle Tausend nach unten abgerundeten Vermögens.“

Abweichend von der Vorlage über die Ermäßigung der Erbschafts-abgabe, in der die zu erwartende Mindereinnahme recht leicht genommen wird, sieht sich hier die Steuerbehörde veranlaßt zu betonen, daß es notwendig ist auf die Erschließung neuer Einnahmequellen Bedacht zu nehmen und schlägt deshalb diese Vermögenssteuer vor. Denn sie dabei betont, daß die Voraussetzung dafür die Ermäßigung der Erbschafts-abgabe ist, so können wir ihr darin absolut nicht folgen. Ganz außerordentlich gering ist der Steuerfuß, der in Anwendung gebracht werden soll: 50 Pfg. pro 1000 Mk. Darnach müßte ein einfacher Millionär ganze 500

## Der amtliche Kriegsbericht.

W.W. Großes Hauptquartier, 14. Dezbr. (Amtlich.)  
Westlicher Kriegsschauplatz.  
Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.  
An einzelnen Abschnitten der Sommerfront vorübergehend harter Feuerkampf.  
Seeresgruppe Kronprinz.  
Bei Le Bourde Paris, in den Argonnen, nach heftigem Vorbereitungsfeuer vorstoßende französische Patrouillen wurden abgewiesen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.  
Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.  
Nichts Wesentliches.

Front des Generalobersten Erzherzog Josef.  
In den Waldkarpathen vielfach Artilleriefeuer. Im Gyergyo-Gebirge und im Ertosul-Tal leiteten die Russen ihre Verluste, aber ohne jeden Erfolg verlaufener Angriffe fort.

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.  
Günstige Fortschritte auf der ganzen Front. Trotz sehr großer Wegeschwierigkeiten ist die Große Malakoi südlich der Bahn Bularetsi-Cernavoda vom Feinde gesäubert.

Mazedonische Front.  
Die östlich der Cerna von Serben geführten Angriffe sind unter großen Verlusten vor den bulgarischen Stellungen zusammengebrochen.  
Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

**Markt Vermögenssteuer zahlen.** Hier wird die eingeleitete Kommission durch Stafflung der Sätze und andere Bestimmungen gründlichen Wandel zu schaffen haben. Sie muß weiter dafür sorgen, daß der Ertrag der Vermögenssteuer möglichst hinreichend, die während des Krieges eingetretene Erhöhung der Schuldenlast des Staates zu verzinsen und zu tilgen. Dazu sind die Kugelhüter der Vermögen doch wohl sicher die Nächsten. Oder wer sonst?

**Eine Ermäßigung der Erbschafts-abgabe** bezweckt ein Antrag des Senates, den der Bürgerausschuß gestern gutachtlich zur Mitgenehmigung durch die Bürgererschaft empfahl. In dem betr. Senatsbetrifft heißt es: „Durch das mit Beginn des Jahres 1917 in Wirksamkeit tretende Reichs-Verkehrssteuergesetz, dem der Vermögenszuwachs unterliegt, der in der Zeit vom 1. Januar 1914 bis zum 31. Dezember 1916 im Verlaufe mit dem nach dem Wehrbeitragsgesetz festgestellten Vermögen entstanden ist, wird auch der durch Erbschaften in gerader absteigender Linie entstandene Zuwachs getroffen. Neben dieser Reichssteuer läßt sich die Erbschafts-abgabe von Abkömmlingen in der Höhe, wie sie durch das hiesige Gesetz, die Zuschläge zur Reichserbschaftsteuer und die Erbschafts-abgabe betreffend, festgesetzt ist, nicht aufrecht erhalten. Vielmehr erscheint es geboten, vom 1. Januar 1917 ab eine der Mehrbelastung durch die Verkehrssteuer angemessene Ermäßigung der Erbschafts-abgabe eintreten zu lassen. Letztere beträgt mit steigenden Sätzen für Kinder 2 bis 4 vom Hundert, für mehrere Abkömmlinge 4 bis 8 vom Hundert. Die Steuerfüße des Verkehrssteuergesetzes betragen 0,75 bis 2,50 vom Hundert. Es erscheint darnach als eine angemessene Ermäßigung, wenn die Anfangssätze der Erbschafts-abgabe je um 1 vom Hundert herabgesetzt werden. Damit würden zugleich diejenigen Steuerfüße wiederhergestellt, welche bis zum 30. November 1908 nach dem hiesigen Erbschaftsteuergesetz vom 20. Mai 1896 galten. Ein Steuerzufall ist durch die vorgeschlagene Maßnahme für die nächsten drei Rechnungsjahre nicht zu erwarten, da § 87 des Verkehrssteuergesetzes vorschreibt, daß nach näherer Bestimmung des Bundesrats bis zum Ablauf des Rechnungsjahres 1919 diejenigen Bundesstaaten, die zur Zeit der Verkündung dieses Gesetzes die Erbschaften in gerader absteigender Linie besteuern und bis zum Ablauf des Rechnungsjahres 1916 eine der Mehrbelastung durch die Verkehrssteuer angemessene Ermäßigung dieser Steuer einführen, der Zufall an Erbschaftsteuer bis zum Beirag ihrer Durchschnittseinnahmen in den Rechnungsjahren 1913 bis 1915 aus dem Einkommen an Verkehrssteuer in ihrem Lande ersetzt werden kann. Es darf erwartet werden, daß der Bundesrat von dieser Verfügung Gebrauch machen wird. Später wird freilich mit einer Mindereinnahme aus der Erbschafts-abgabe von Abkömmlingen zu rechnen sein. Darauf wird man sich jedoch um so eher einrichten können, als nach steigender Beendigung des Krieges eine glückliche Entwicklung aller wirtschaftlichen Verhältnisse zu erhoffen ist.“

Weil das Verkehrssteuergesetz die Vermögenden etwas belastet, ist der Lübecker Senat sofort bereit, ihnen helfend zur Seite zu stehen, indem er sie betr. die Erbschafts-abgabe entlastet. Dazu liegt unsern Erachtens eine zwingende Notwendigkeit absolut nicht vor. Die Erbschaftsteuer ist die gerechteste Steuer, welche es gibt, denn sie wird von denjenigen erhoben, die Summen aus eines Verstorbenen Vermögen erhalten, zu dessen Ansammlung sie meistens wenig beigetragen haben. Sie drückt auch in keiner Weise. Wenn nun die Ermäßigung nach dem Vorschlag des Senates erfolgt, so ist zwar nicht für die nächsten drei Jahre, wohl aber später mit einer Mindereinnahme aus der Erbschafts-abgabe zu rechnen. Man will sich aber darauf einrichten, weil man eine glückliche wirtschaftliche Entwicklung nach Beendigung des Krieges erhofft. Solche Hoffnungen sind kein fester Grund, auf dem man bauen kann. Wohl aber ist die Erbschafts-abgabe eine sichere Einnahmequelle. Daher ist es dringens notwendig, die bestehenden Sätze beizubehalten, wenn man nicht will, daß der Einnahmeausfall später durch andere weniger gerechte Steuern gedeckt werden soll.

**Die Polizeistände für Wirtschaften und Theater.** Im Amtsblatt wird heute von der Senatskanzlei die Bekanntmachung des Bundesrats betreffend die Ersparnis von Brennstoffen und Beleuchtungsmitteln veröffentlicht. Der § 3 dieser Verordnung lautet: „Gast-, Speise- und Schankwirtschaften, Cafes, Theater, Lichtspielhäuser, Räume, in denen Schaustellungen stattfinden, sowie öffentliche Vergnügungstätten aller Art sind um 10 Uhr abends zu schließen. Das gleiche gilt von Vereins- und Gesellschaftsräumen, in denen Speisen und Getränke verabreicht werden. Die Landeszentralbehörden und die von ihnen beauftragten Behörden werden ermächtigt, für bestimmte Bezirke oder Betriebe und in Einzelfällen eine spätere Schließung, jedoch nicht über 11 1/2 Uhr abends, zu gestatten.“ Wie wir von zuständiger Seite erfahren, bleibt in Lübeck die Polizeistunde für Wirtschaften, Theater usw. um 11 1/2 Uhr abends bis auf weiteres bestehen. Eine entsprechende Bekanntmachung wird demnächst erlassen.

**Ausgabe von Zusatzbrotkarten an Militärpersonen.** Für die Zeit vom 15. Dezember 1916 ab werden an 1. die in Bürgerquartieren untergebrachten Mannschaften (mit Verpflegung einschließlich Brot Einquartierten), 2. die auf Selbstverpflegung angewiesenen Unteroffiziere und Mannschaften (Zusatzbrotkarten), soweit sie außerhalb der Kasernen wohnen, Zusatzbrotkarten über wöchentlich zwei Pfund Brot ausgegeben. Die Ausgabe geschieht durch die Polizeiwachen bzw. Polizeistationen am Freitag, dem

15. Dezember und Sonnabend, dem 16. Dezember. (Siehe Nr. 16.)

**Arbeitersekretariat.** Die Zahl der Besuche belief sich im Monat November auf 1277 (1167), die der Besucher auf 1394 (1301). — Die eingekammerten Zahlen sind die des vergangenen Monats. — Davon kamen in derselben Sache wiederholt 137 Personen. Mitteln sind im November 1140 neue Fälle bearbeitet worden. Auskünfte wurden erteilt 1850 (1259), darunter nach auswärts schriftlich 50 (43). Von den Besuchern waren organisiert 313 (307) Personen, und zwar gewerkschaftlich 118, politisch 39, gewerkschaftlich und politisch 156. Unter den verbleibenden 1076 Nichtorganisierten befanden sich 876 Angehörige von organisierten und Organisationsunfähige. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern 479 (496) männlich, 910 (805) weiblich. Die Hauptgruppen nach Verteilung der Besucher wie folgt: Arbeitnehmer und deren Angehörige 1227 (1189); selbständige Gewerbetreibende, Beamte usw. und deren Angehörige 162 (112); Organisationen 5 (—). In Lübeck (Stadt) hatten von den Besuchern 1090 (1025) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck-Land 125 (102), Oldenburg 97 (76), Mecklenburg 35 (40), Preußen 31 (40), und sonstwo 16 (18). Die Auskünfte verteilten sich wie folgt: Arbeiterversicherung (Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung) 237 (238), Arbeits- und Dienstvertrag 114 (173), bürgerliches Recht 350 (351), Strafrecht 39 (52), Gemeinde- und staatsbürgerliche Sachen 565 (412), Vereins- und Versammlungsrecht 1 (1), Arbeiterbewegung 3 (3), Privatversicherung 13 (7), Handels- und Gewerbeachen 7 (3), Verdingungen 22 (19). Von den Auskünften machten 396 (361) die Unterzeichnung von 410 (441) Schriftsätzen erforderlich; außerdem gingen aus 11 (25) sonstige Briefe und Postkarten. Ein gingen 24 (238) Postsendungen. Der 27. November zeigte mit 80 (72) die höchste, der 21. November mit 40 (31) die niedrigste Besucherzahl.

**Stellt eure Kassenhunde der deutschen Seeresverwaltung zur Verfügung.** Die Sammelstelle für Kriegshunde schreibt uns: Es bestehen seit Jahresfrist einige Kriegshundestellen der deutschen Seeresverwaltung, die die Aufgabe haben, kostenlos zur Verfügung gestellte Kassenhunde, wie Deutsche Schäferhunde, Airedales, Dobermänner, Rotweiler und Jagdhunde, als Melde- und Patrouillenhunde zusammen mit militärischen Führern auszubilden. Da die bisherigen Erfolge auf diesem Gebiete sehr gute sind, so werden bis Jahresende noch über eintausend Kassenhunde von den Ausbildungsstellen der Seeresverwaltung eingestellt. Für diese Zwecke können aber nur forsche, unverbundene, schuhschnecke, mutige Hunde im Alter von 1-8 Jahren, welche sich leicht an verschiedene Leute gewöhnen, angenommen werden. Hunde mit einer Vorderstür, bestehend in Ablegung der Spurensicherheit, des Gehorhams und Apportierens usw. werden ganz besonders gewünscht. Nach Kriegsendigung werden die Hunde kostenfrei zurückgeliefert, selbstverständlich kann eine Gewähr für den Tod eines Hundes nicht geleistet werden. Die Beführer, welche ihren Kasshund der Seeresverwaltung zur Verfügung stellen wollen, werden gebeten, sofort der Sammelstelle für Kriegshunde in Hamburg 19, Spvendorfer Weg 11 (Telephon 5, 6776) Mitteilung, unter Angabe der Rasse, des Geschlechts, Namens und Alters des Hundes, sowie der besonderen Eigenschaften, zukommen zu lassen, um ein Ueberweisungs-nationale ausstellen zu können.

**Einbruchsdiebstahl.** In der Nacht zum 13. ds. Mts. sind aus einer Arbeiter-Kantine in Mantense mittels Einbruches folgende Sachen gestohlen worden: 31 Pfd. Schweinefleisch, etwa 8 Pfd. Rindfleisch, 25 Pfd. Nudeln, 20 Pfd. Weisengries, 24 Pfd. Weizen- und Feinrot, 2 Kisten Zigarren, 4 Pfd. Kautabak, 5 Pfd. Gröhe, mehrere Schachteln Zigaretten, Marke Salem, Konstantin und Puka, einige Flaschen Wein, mehrere Bäckchen Schnupftabak und zwei Arbeitsschürzen. Die Täter, denn um mehrere dürfte es sich handeln, haben den Diebstahl aus Not wahrscheinlich nicht begangen, denn sie haben den Tatort in frivolster Weise zerstört und beschmutzt.

**Wegen Freiwirtschaft festgenommen** wurde der hiesige Fischhändler Johannes Dräger sen., der in den letzten Monaten die von Burgthaafen bezogenen frischen Fische mit einem Nettoverdienst bis zu 42 Proz. wieder in das Inland verkauft hatte. Den überaus hohen Gewinn konnte der Festgenommene mühelos erwerben, da seine ganze Tätigkeit nur in Weiterbeförderung der Fische bestand.

**Schwartau.** Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich gestern abend. Als die elektrische Bahn (von Lübeck kommend) bei der Haltestelle Cleverbrück hielt, stiftete eine Arbeiterfrau aus und geriet unter den letzten Anhängern. Alle Insassen sprangen aus dem Wagen, dieser wurde mit vieler Mühe hochgehoben und die laut Jammernde herausgezogen. Sie wurde ins Kontor der chemischen Fabrik getragen, wovon dann auch so schnell wie möglich ein Arzt beordert wurde. Die arme Frau klagte über Schmerzen in der Brust.

**Hamburg.** Weitere 10 Millionen Mark für Kriegsausgaben bewilligte gestern die Hamburger Bürgererschaft. Für diese Zwecke sind nunmehr 165 Millionen Mark bewilligt worden. — Eine weitere Derabsetzung der Polizeistunde. Im hiesigen Polizeidistrikt sind bis auf weiteres die Gast- und Schankwirtschaften, Cafes, Theater, Lichtspielhäuser, Räume, in denen Schaustellungen stattfinden, sowie öffentliche Vergnügungstätten aller Art um 11 1/2 Uhr abends zu schließen, und nicht schon um 10 Uhr, wie die Bundesratsverordnung allgemein anordnet. Gleichfalls um 11 1/2 Uhr sind Vereins- und Gesellschaftsräume zu schließen, in denen Speisen und Getränke verabreicht werden. Die bisher für Wirtschaften mit weiblicher Bedienung und für Speisewirtschaften ohne Schankertlaubnis auf 11 Uhr festgesetzte Polizeistunde bleibt bestehen.

## Neueste Nachrichten.

**Bern, 13. Dezember.** In den parlamentarischen Kreisen nimmt man den Vorschlag zu Friedensverhandlungen ungemein ernst. Vieles ist der Wunsch laut geworden, die gerade tagende Bundesversammlung möge für den Frieden Kundgebungen veranstalten. Wie die Entente das Friedensangebot aufnehmen wird, darüber gehen die Meinungen auseinander. Einerseits wagt man an eine unumwundene Annahme des Vorschlages zu glauben. Man weiß hier zwar besser als vielleicht irgendwo sonst im neutralen Ausland, wie hart in Frankreich die Stimmung während der letzten Wochen umgeschlagen hat, wie kriegsmüde ein großer Teil des Volkes ist und wie sich auch die Handels- und Industriekreise den Frieden herbeiwünschen. Man weiß aber auch, wie ohnmächtig Frankreich sich fühlt, den unheilvollen Einfluß Englands gegenwärtig abzuwehren. Auf der andern Seite kann man sich hier nicht vorstellen, daß die Entente den Vorschlag schließlich ablehnen und nicht wenigstens nach den Friedensgrundlagen, wie sie sich die Mittelmächte denken, näher sehen werde. Keinenfalls ist man überzeugt, daß die Entente-Regierungen sich durch eine strikte Ablehnung in eine höchst schwierige und für sie gefährliche Lage bringen könnten. Niemand zweifelt hier, daß der Krieg im Falle der Ablehnung des Vorschlages in eine ganz neue Phase tritt und dann ein Existenzkampf auf Leben und Tod beginnen würde.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul Döwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Lübeck.

## Bekanntmachung

über die Ausgabe von Zusatzbrotkarten an Militärpersonen.

Für die Zeit vom 15. Dezember 1916 ab werden an:  
 1. die in Bäckereien untergebrachten Mannschaften (mit Verpflegung einschließlich Brot Einquartierten),  
 2. die auf Selbstverpflegung angewiesenen Unteroffiziere und Mannschaften (Brotgeldempfänger), soweit sie außerhalb der Kaserne wohnen,  
 Zusatzbrotkarten über wöchentlich zwei Pfund Brot ausgegeben.  
 Die Ausgabe geschieht durch die Polizeiwachen bzw. Polizeistationen am Freitag, dem 15. Dezember 1916 und Sonnabend, dem 16. Dezember 1916 und zwar in der Stadt und den Vorstädten vormittags von 9 bis 1 Uhr und nachmittags von 4 bis 7 Uhr, in den neuen Stadtteilen Travemünde, Rüdiger-Herrenhof, Schlutup, Siems-Dänischburg und Mölling während der üblichen Geschäftsstunden.  
 Vorzulegen ist das Lebensmittelbuch; soweit dies nicht vorhanden ist, der Quartierschein.  
 Lübeck, den 13. Dezember 1916. (6293)

Das Polizeiamt.

## Bekanntmachung

Vom Freitag, dem 15. Dezember 1916 an können auf Abschnitt 3 der gelben Petroleumkarten 7 Liter, 3 der grünen 3 entnommen werden.  
 Das Petroleum muß von den Händlern, auf die die Karten lauten, bis zum 6. Januar 1917 abgeholt werden.  
 Die erneute Ausgabe findet voraussichtlich dann in 4 bis 5 Wochen statt. (6296)

Die Beratungsstelle für Beleuchtungsfragen.

## Ausschuß für Kriegshilfe.

Steinkohle Ztr. 1.30 Mk. ab Läger Wallhalbinsel  
 Grob. Steinkohle Ztr. 1.60 Mk. } ab Gaswerk II.  
 Zerf. " " 1.80 " }  
 Kartenausgabe für Personen mit einem Einkommen bis zu 4000 Mark werktäglich von 9-1 und 3-5 Uhr im Geschäftszimmer Königstraße 13 I. Et. (6287)

## Sozialdemokratischer Verein Lübeck.

Am Mittwoch verliert unter Genosse

Heinrich Teckenburg.

Seine Leiche wird am Sonntag nachmittag 4 Uhr von der Kapelle des Borwerter Friedhofes aus.  
 Die Mitglieder sammeln sich bis 3 1/2 Uhr im „Weißen Hirs“.  
 Der Vorstand. (6301)

## Kräftige Arbeiterinnen

gesucht. Zu melden: Exped. Arbeitsnachweis, Abt. f. Frauen u. Mädch., Mengstr. 28. (6297)

## Arbeiter und Arbeiterinnen.

Bade & Sohn. (6299)

## Stutz-Pferdehaare

Pfd. 4.60-5.50 Mk. (6298)

## Hausstandskumpen

Pfd. 10 Pfg. (6299)

## Knochen

Pfd. 5 Pfg. (6299)

## Säcke aller Art

kauft Lissauer, St. Ederstraße 8. (6298)

## ein Grab-Motoren

zu kaufen gesucht. (6298)

Verl. in der Stadt ein Lebensmittelbuch, a. d. Nam Cravann laudend. Bez. 11. Nr. 47. (6299)

Ich bitte die Frau, die das gefunden hat, sich zu melden. (6298)

Vick, Schönemannstr. 3a.

## Knochenverkauf.

Morgen, Freitag, fein Knochenverkauf. Paul Lohmann. (6292)

## Uhren

an. Trauringe, Wanduhren (6298). Rathenower Str. 2. M. an. H. Schultz, ob. Johannisstr. 20.

## Taschen-Atlas

der Kriegsschauplätze

18 Teilkarten und 2 Übersichtskarten von England, Belgien, Frankreich, Rußland, Galizien, Serbien, Bulgarien, Rumänien, Griechenland, Albanien, Italien, Türkei und Ägypten. — Preis 25 Pfg. — Zu haben bei: Friedr. Meyer & Co. (6298)

## Alle Arbeiter

kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei Otto Albers Markt 4. (6298)

## Alle Arbeiter

kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei Otto Albers Markt 4. (6298)

## Alle Arbeiter

kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei Otto Albers Markt 4. (6298)

## Alle Arbeiter

kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei Otto Albers Markt 4. (6298)

## Alle Arbeiter

kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei Otto Albers Markt 4. (6298)

## Alle Arbeiter

kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei Otto Albers Markt 4. (6298)

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co. Johannisstr. 46

## A's passende Geschenke zum Weihnachtsfeste

für Kinder jedes Alters empfehlen unsere grosse Auswahl in Bilderbüchern, Jugendschriften, Malbüchern, sowie kleine u. grössere Unterhaltungsspiele

**Pelzhaus**  
 Friedrich Zimmermann  
 Beckergrobe 50, I.  
 empfiehlt elegante Neuheiten in nur feinsten Ausführung und bestem Fellmaterial.  
**Sie kaufen aus erster Hand:**  
 Skunks, Skunks-Opossum, Alaska-Fuchs, Griesfuchs, Schakal, Steinmarder, Nerz, Feh, austral. Opossum usw. zu außerordentlich niedrigen Detailpreisen.  
**Moderne breite Kragen u. Muffen** in Fuchsform, aus nur besten Fellen zu **12.50 18.00** usw.  
 Besichtigen Sie bitte zwanglos meine große Ausstellung moderner Pelzwaren

## Deutscher Metallarbeiterverband.

Verwaltungsstelle Lübeck.

## Auszahlung d. Weihnachtsunterstützung

am **Sonntag**, dem 17. Dezember vorm. von 9-2 Uhr,  
 am **Dienstag**, dem 19. Dezember vorm. von 9-1 Uhr, nachm. von 3-8 Uhr.  
 Unterstützungs berechtigt ist jedes verheiratete Mitglied, welches zum Militärdienst eingezogen ist. Auch die Witwen unserer gefallenen Mitglieder erhalten dieselbe Unterstützung.  
 Die Frauen werden dringend ersucht, die Unterstützung an den festgesetzten Tagen abzuholen. Die Ausweiskarte der Stadtkasse ist vorzuzeigen.  
 Die Ortsverwaltung.

## Illustrierter Neue-Welt-Kalender

für das Jahr 1917.

Aus dem Inhaltsverzeichnis heben wir hervor:  
 Kalendarium. — Politisches. — Rückblick. — Meilen und Märkte. — Unsere Toten. — Feld- und Kriegszeitungen. (Von 7. Klasse. Mit Illustration). — Die Sichtbarkeit von Landbooten und Minen-essern im Meere vom Flugzeug und Ballon aus. (Mit Illustration). — Die Balkanöfen. (Mit Illustration). — Kleine kriegszeitgemäße Witz aus der Praxis des Alltags. (Mit Illustration). — Hierin drei Bilder: Heumäher; Aberschwemmung; Beim Wein

Preis 50 Pfg.

## Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

(über der Volkshalle) Johannisstraße 46.

## Feldpostkarten

1 Stück 5 Pfennig hält vorrätig

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46.

Man abonniert jederzeit auf das schönste und billigste Familien-Witzblatt



## Meggendorfer-Blätter

München 2 Zeitschrift für Humor und Kunst 2 Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.—

Abonnement bei allen Buchhandlungen und Postanstalten. Überlangen Sie eine Gratis-Probekarte vom Verlag, München, Theatinerstr. 47

Kein Besucher der Stadt München sollte es veräumen die in den Räumen der Redaktion, Theatinerstraße 47 befindliche, äußerst interessante Ausstellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter zu besichtigen.

Taglich geöffnet Eintritt für jedermann frei!

## Großindustrie und Kriegswirkungen.

Von Richard Woldt. Preis 10 Pfg. Buchhlg. Friedr. Meyer & Co. Johannisstraße 46.

## Arbeiter-Abstinenzbünd.

Ortsgruppe Lübeck.

## Versammlung

am Freitag, dem 15. Dezember abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus. Der Vorstand. (6291)

## Hansa-Theater.

Anfang präzise 7 1/2 Uhr. Enormer Erfolg! Tagebuch einer Verlorenen

N. d. bekannt. Roman v. Mar. Böhm u. v. M. v. Schübbach. Vorverk. bei Sager, Kohlmarkt u. Theaterkasse v. 10-1 u. ab 6 U. Vorzugskarten müssen an der Theaterk. von 10-1 u. ab 6 Uhr eingelöst werden. (6298) Sonntag nachmittag 4 Uhr: Kleine Preise. D. Reise durch d. Märchenland Vorverk. nur an der Theaterkasse

## Stadttheater.

Donnerstag, d. 14. Dezbr. 1916 Anfang 8 Uhr: Auf vielfachen Wunsch: **Mona Lisa.** Oper von Max Schillings.

Freitag, d. 15. Dezember 1916 Anfang 8 Uhr: Neueinstudierung: **Romeo und Julia.** Schauspiel v. W. Shakespeare.

Sonnabend, 16. Dezemb. 1916 Anfang 8 1/2 Uhr: **Tiefeland.** Oper von E. d'Albert.

Sonntag, d. 17. Dezember 1916 nachmittags 3 Uhr. Ermäßigte Preise: **Undine.** Oper von A. Lortzing.

Sonnabend, den 23. Dezember, abends 8 Uhr, und Sonntag, den 24. Dezember, sowie an allen Feiertagen, nachm. 3 Uhr: **Aschenbrödel** oder **Der gläserne Pantoffel.** Gr. Weihnachtsmärchen mit Gesang u. Tanz v. E. Göner

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

#### Das Kriegsziel der „sechs Verbände“.

Der Alldeutsche Verband veröffentlicht jetzt die vielgenannte Kriegsziel-Eingabe der sechs Wirtschaftsverbände an den Reichstag vom 5. Mai 1915. Sie fordert Polen, Litauen und die Ostseeprovinzen von Rußland. Sie erklärt im Westen Deutschland nur geschützt, wenn zur Sicherung England gegenüber Belgien in der Hand behalten und die nordfranzösische Küste am Kanal bis etwa zur Mündung der Somme gewonnen wird, zur Sicherung Frankreich gegenüber entsprechend des Hinterland der nordfranzösischen Küste und die Festungslinie Verdun-Belfort in unsere Hand gelangen. Ferner sagt die Eingabe:

Zur wirklichen Sicherung der Westfront erscheint aber ferner unerlässlich: in Belgien die Regierung des Landes unter Trennung der Verwaltung des flämischen und des wallonischen Teiles so zu führen, daß die Bewohner keinen Einfluß auf die politischen Geschicke des Reiches haben und ferner der französischen gesinnten und verwickelten Oberschicht — zur Verhütung eines Rotabelniums, wie einst in Elsaß-Lothringen — die ihnen die Beherrschung des Landes ermöglichenden Unternehmungen und Besitzungen durch Ueberführung in die deutsche Hand zu entziehen; in dem von Frankreich erlangten Gebiete in Erinnerung an die in Elsaß-Lothringen gewonnenen schmerzlichen Erfahrungen der Bevölkerung gleich den Bewohnern Belgiens keinen politischen Einfluß auf die Geschicke des Deutschen Reiches zu gewähren und die in diesem Gebiet vorhandenen wirtschaftlichen Machtmittel einschließlich des größeren und mittleren ländlichen Besitzes unter Entschädigung und Uebernahme der Eigentümer durch Frankreich in deutsche Hand überzuführen.

Zum Schluß wird noch zur Sicherung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit Deutschlands Ausdehnung unseres Kolonialreiches gefordert.

Auch in einer Zeit freierer Kritik als der jetzigen dürfte sich niemand in Deutschland finden, der der Eingabe übergroße Bescheidenheit vorwirft.

### Oesterreich-Ungarn.

**Demission des Kabinetts Körber.** Ministerpräsident von Körber und mit ihm das ganze Kabinett hat demissioniert. Der Rücktritt ist angenommen worden. Körbers Nachfolger ist der frühere Handelsminister Dr. von Spiglmüller.

### Polen.

**Der neue Regent von Polen.** Wie die „Neue Politische Korrespondenz“ mitteilt, ist der Erzherzog Karl Stephan von Oesterreich als Regent des Königsreiches Polen in Aussicht genommen. Er ist im Jahre 1860 geboren. Man darf folgern, daß er später die Krone des Königsreiches tragen wird. Der Staatsrat wird voraussichtlich noch vor Weihnachten berufen, und zwar aus Verhältnissen des ganzen Bezirks des Generalgouvernements. Kommissar zum Staatsrat soll von deutscher Seite der bayerische Oberregierungsrat Graf Lerchenfeld werden.

Warum hat man es mit dieser Sache so eilig? Wäre es nicht richtiger, wenn man dem ganzen Volke Gelegenheit geben würde, zu dieser wichtigen Frage Stellung zu nehmen. Der soeben Staatsrat kann doch nicht als Vertreter des polnischen Volkes angesehen werden.

## Die Gewerkschaften.

### zum Hilfsdienstgesetz.

Von der Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Durchführung des Gesetzes über den „Vaterländischen Hilfsdienst“ wird es wesentlich abhängen, daß die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter die notwendige Berücksichtigung erfahren. Da das Gesetz in Arbeiterkreisen vielfach Unzufriedenheit erregt hat, die aber auch nicht geringen Teil in der Unkenntnis des Gesetzes selbst begründet liegt, so erwuchs den Gewerkschaften die Pflicht, zunächst wenigstens ihre Funktionäre über die Auslegung und Durchführung des Gesetzes zu informieren. Die Generalkommission hat deshalb in aller Eile eine kleine Broschüre über das Hilfsdienstgesetz mit kurzem Kommentar und einem Ueberblick der gesetzlichen Bestimmungen über die Rüstungsindustrie in England und Frankreich herausgegeben. Dem Zwecke der Information über das Gesetz diene aber auch insbesondere eine Konferenz, die am Dienstag, dem 12. Dezember, in Berlin tagte und die von Vertretern der freien, der christlichen, der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, der polnischen Berufsvereinigungen und verschiedenen Angestelltenverbänden besetzt war. Hier wurden die Funktionäre der Gewerkschaften mit dem Gesetz näher vertraut gemacht. Sie übernahmen dabei zu gleicher Zeit die Pflicht, die genaue Kenntnis des Gesetzes und seine Auslegung in den Kreisen der Gewerkschaftsmitglieder und der Arbeiter zu verbreiten.

## Schuld und Sühne.

Roman aus dem Russischen von F. M. Dostojewski.

45. Fortsetzung.

„Die? Das sind Kinder, aber keine Gauner! Ein halbes Hundert Menschen sind bei dieser Unternehmung beteiligt. Ist so etwas möglich? Da waren schon ihrer drei zu viel, da zu bedenken ist, daß jeder am meisten nur sich selbst vertrauen kann. Hier kam es nur darauf an, daß einer in der Trunkenheit schwankte, und alles fiel zusammen. Es sind Tröpfe gewesen! Gewinnen da unsichere Subjekte, welche die Bankheime in den Kontoren in Umlauf setzen sollen; vertraut man dergleichen dem ersten besten an? Nun, nehmen wir aber an, es wäre gelungen, setzen wir den Fall, jeder hätte um eine Million eingewechselt, was dann? Für das ganze übrige Leben? Jeder einzelne mußte Zeit seines Lebens von dem andern abhängig bleiben! Da ist es doch besser, man knüpft sich auf! Sie aber haben es verstanden, das Geld in Umlauf zu setzen! Einer stand im Kontor, um zu wechseln, er erhielt fünftausend Rubel ausbezahlt — da bebten seine Hände! Hier zahlte er nach, das fünfte nahm er, ohne zu zählen auf Trenn und Glauben, damit er es nur in der Tasche hatte und von dannen wäre. Das mußte Verbauch erwecken, und die Seifenblase zerplatzte durch die Torheit eines Narren! Ist dergleichen wohl möglich?“

„Daß ihm die Hände gebebt?“ fragte Zametow, „nun, das ist sehr wohl möglich. Davon bin ich jetzt überzeugt, daß dies möglich sei. Ein anderer würde es vielleicht gar nicht vollbringen können!“

„Dies?“

„Nun würdet Ihr es können? Ich vermöchte es nicht! Für hundert Rubel Belohnung setze ich in eine solche Gefahr zu begeben, mit einem falschen Geldschein irgendwohin zu kommen! In ein Bankkontor, wo man alles so genau kennt — nein, ich wäre da auch in Verführung geraten! Ihr nicht?“

Rastolnikow wandelte wiederum die Luft an, sich einem Ausbruch übermütiger Lustigkeit hinzugeben; zeitweilig lief es ihm kalt über den Rücken hinab.

„Ich würde nicht so handeln,“ begann er gleichsam erwachend, „ich würde in dieser Weise wechseln. Ich zahlte das erste Tausend viermal von allen Seiten her, jedes Papier abblänsend und wendete mich dann dem zweiten, ich würde zu zählen beginnen, etwa bis zur Mitte hin und nähme dann ein Fünfundzweihundert, hielte es ans Licht, wendete es um und hielte wieder ans Licht, ob es nicht doch falsch sein könnte. Ich bin stets besorgt,“ würde ich sagen, „eine Verwandte von mir hat fünfundzwanzig Rubel kürzlich auf solche Weise verloren,“ und würde dann eine Geschichte erzählen. Wenn ich dann das dritte Tausend zu zählen — doch nein, erlaubt: Ich bin ja noch im zweiten; hier würde ich das sechste Hundert maßlos zählen, im Zweifel kommen,

beiter die notwendige Berücksichtigung erfahren. Da das Gesetz in Arbeiterkreisen vielfach Unzufriedenheit erregt hat, die aber auch nicht geringen Teil in der Unkenntnis des Gesetzes selbst begründet liegt, so erwuchs den Gewerkschaften die Pflicht, zunächst wenigstens ihre Funktionäre über die Auslegung und Durchführung des Gesetzes zu informieren. Die Generalkommission hat deshalb in aller Eile eine kleine Broschüre über das Hilfsdienstgesetz mit kurzem Kommentar und einem Ueberblick der gesetzlichen Bestimmungen über die Rüstungsindustrie in England und Frankreich herausgegeben. Dem Zwecke der Information über das Gesetz diene aber auch insbesondere eine Konferenz, die am Dienstag, dem 12. Dezember, in Berlin tagte und die von Vertretern der freien, der christlichen, der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, der polnischen Berufsvereinigungen und verschiedenen Angestelltenverbänden besetzt war. Hier wurden die Funktionäre der Gewerkschaften mit dem Gesetz näher vertraut gemacht. Sie übernahmen dabei zu gleicher Zeit die Pflicht, die genaue Kenntnis des Gesetzes und seine Auslegung in den Kreisen der Gewerkschaftsmitglieder und der Arbeiter zu verbreiten.

Das Gesetz beschränkt unzweifelhaft die Freiheit des Arbeiters. Es sind aber auch in ihm Bestimmungen enthalten, wonach diese Beschränkung durch die Vertreter der Organisation nicht allein sehr gemildert werden, sondern es ist in ihm ein neues Recht enthalten, das die Arbeiter bei geschickter Handhabung für sich in Anspruch nehmen können. Nicht allein die Schattenseiten des Gesetzes, sondern auch die in ihm liegenden Vorteile klar zu legen, war die Aufgabe eines Referats, das der zweite Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften G. Bauer hielt. Auch er gab der Ansicht Ausdruck, daß das Gesetz ein Zwangs Gesetz für die Arbeiter sei. Dieser Zwang sei aber durch die Kriegsnotlage bedingt, er sei eine notwendige Kriegsmaßnahme, wobei auch nicht zu verkennen sei, daß auch die Unternehmer unter diesem Zwang zu leiden haben und zwar infolge, als viele gezwungen werden, ihre Betriebe gänzlich zu schließen. Bauer hob dann insbesondere hervor, daß es dem Arbeiter auch unter dem neuen Gesetz möglich ist, seine Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Der Arbeiter kann die Arbeitsstelle wechseln, wenn ihm höherer Lohn geboten wird. Wenn durch das Gesetz verboten ist, daß bei „angemessenem“ Lohn die Arbeitsstelle gewechselt wird, so ist damit ausgedrückt, daß nicht wegen minimaler Lohnzuschläge ein Niederlegen der Arbeit zulässig sein soll. Im Streitfall hierüber, was angemessener Lohn ist, entscheidet ein Ausschuss, der für jeden Bezirk in den stellvertretenden Generalkommandos errichtet wird und zu dem auch die Arbeiter Vertreter entsenden, wie denn überhaupt mit der Einsetzung der Beschwerdeinstanzen die Gewähr geschaffen ist, daß der Arbeiter nicht der Willkür des Unternehmers ausgeliefert ist. Die Befürchtung, daß die Freizügigkeit der Arbeiter durch das Gesetz völlig aufgehoben wird, ist nicht zutreffend. Die Freizügigkeit ist jetzt schon in einigen Bezirken sehr beschränkt, so in Sachsen und in Bayern. Auch in einigen Munitionsfabriken ist der Abfahrtschein bereits eingeführt; dem Arbeiter, der unberechtigterweise die Arbeit einstellt, wird dieser Abfahrtschein verweigert. In der Berliner Metallindustrie ist seit längerer Zeit schon ein Kriegsausfluß eingeführt, der paritätisch aus Unternehmern und Arbeitern besteht und der Beschwerden wegen Vorenthaltung des Abfahrtscheins prüft und darüber entscheidet. Diese Einrichtung ist ohne Zuhilfenahme der Behörden zwischen den Parteien frei geschaffen. Mit Inkrafttreten des Gesetzes aber ist zu erwarten, daß diese Sonderverordnungen, die in einigen Bezirken sehr zum Nachteil der Arbeiter bestehen, aufgehoben werden. Sehr wichtig ist ferner, daß das Gesetz mit der Zwangslage der reklamierten Arbeiter aufhört. Der Unternehmer kann den Reklamierten, wenn er mit der Entlohnung nicht zufrieden ist, nicht mehr mit dem Schützengraben drehen, um ihn so zu zwingen, für niedrigen Lohn zu arbeiten. Viele Einschüchterung hört auf. Auch der Reklamierte kann die Entscheidung der Schlichtungskommission zur Auslieferung eines Abfahrtscheines anrufen. Selbst der Streit ist unter dem neuen Gesetz nicht durchaus aufgehoben. Weigert sich der Unternehmer, angemessene Löhne zu zahlen, so können die Arbeiter die Entscheidung der paritätisch zusammengesetzten Schlichtungskommission anrufen. Entscheidet die zugunsten der Arbeiter, so können sie die Arbeit einstellen. Der Unternehmer wird sich in solchen Fällen bei dem jetzt bestehenden Mangel an männlichen Arbeitskräften schwer hüten, es dazu kommen zu lassen. Von Bedeutung ist ferner, daß gewerbliche Arbeiter, die in der Landwirtschaft Beschäftigung finden, nicht der Gefährdung unterliegen. Damit ist, da das Gesetz vom Reichstag angenommen wurde — wie Bauer mit Recht sagte —

gewissermaßen zum Ausdruck gebracht, daß das Bestehen der Gefährdung auch für die ländlichen Arbeiter ein unwürdiger Rechtszustand ist, und hoffentlich ist der Zeitpunkt nicht mehr fern, an dem diese unzeitgemäßen Gefährdungen überhaupt verschwinden. Weiter ist den Arbeitern, die dem Hilfsdienstgesetz unterliegen, aber auch das Vereins- und Versammlungsgesetz gewährt. In einzelnen Generalkommandos war durch besondere Maßnahmen die Koalitionsfreiheit aufgehoben. In Zukunft steht zu erwarten, daß, wo solche Verordnungen bestehen, diese aufgehoben und neue nicht mehr erlassen werden.

Bei der Durchführung des Gesetzes wird es also, um die Interessen der Arbeiter zu wahren, wesentlich davon abhängen, wie die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ihre Vertretung in den Schlichtungsinstanzen bestimmen. Den Gewerkschaften steht das Recht zu, für diese Schlichtungsinstanzen ihre Vertreter vorzuschlagen, die vom Kriegsarbeitsamt bestätigt werden. Es dürfte keinem Zweifel unterliegen, daß diese Vorschläge auch vom Kriegsamt bestätigt werden. Eine Gewähr dafür, daß auch in der obersten Instanz die Rechte der Arbeiter gewahrt werden, bietet die Berufung des Zentralvorstehenden des Metallarbeiterverbandes, A. Schilde, als Vertreter der Arbeiter in das Kriegsarbeitsamt.

So konnte Bauer mit Recht sagen, daß die Arbeiter mit den besten Absichten an das Gesetz herantreten. Wenn er auf dieser Konferenz auch zugleich die große Friedensliebe der Arbeiter betonte, andererseits aber auch betonte, daß auch die deutschen Arbeiter bereit wären, jede Muskel und jeden Nerv anzuspinnen, um die Niedrigzwangung Deutschlands zu verhindern, daß ferner zu dieser Aufgabe aber auch eine vernünftige Ernährungspolitik der Regierung gehöre, da sprach er den Beisammen aus dem Herzen, was der Beifall am Schluß seines Referates bewies.

Der Vertreter der christlichen Gewerkschaften, Reichstagsabg. Behrens, erläuterte die organisatorischen Maßnahmen zur Durchführung des Gesetzes. In den für den Bezirk eines jeden Generalkommandos bestimmten Schlichtungskommissionen soll ein Vertrauensmann von jeder Gewerkschaft eingezogen werden. In diesen Bezirken sollen Konferenzen abgehalten werden, in denen die Vertreter aller Gewerkschaftsrichtungen sich über die Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten schlüssig werden. Die Wahl und Befragung der Arbeiterauschüsse liegt insbesondere den Arbeitern der einzelnen Betriebe ob, die dafür Sorge tragen müssen, daß Vertreter ihrer Meinungen und ihrer Interessen mit diesem Amt betraut werden.

Hartmann von der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften und Niermer von der Polnischen Berufsvereinigungen sprachen sich ebenfalls für die Mitwirkung ihrer Gewerkschaftsmitglieder bei der Durchführung des Gesetzes aus.

Der Vertreter der Arbeitsgemeinschaft für ein einheitliches Arbeitsrecht, A. Hüfner, betont, daß auch die deutschen Angestellten ohne Unterschied sich auf den Boden des Gesetzes stellen haben. Wenn es notwendig ist, unseren Soldaten draußen die Lage zu erleichtern, so dürfen uns keine Opfer zu groß sein. Er dankt den Gewerkschaften, daß diese es ermöglicht haben, den Angestellten ein Mitspracherecht bei der Festlegung der Arbeitsbedingungen zu sichern. Jetzt liegt es an den Angestellten, aus dem Gesetz das zu machen, was sie machen können und wirkliche Gewerkschaftsarbeit zu leisten. Er hofft, daß auch durch die Ausführungsbestimmungen den Interessen der Angestellten Rechnung getragen werde. Die Behörden möchten auch auf die besonderen Verhältnisse der älteren Angestellten Rücksicht nehmen.

Dr. Küster von der Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände hofft von der Solidarität, die sich auf diesem Kongresse gezeigt habe, auch für den Frieden günstige Ergebnisse. Er schließt sich im wesentlichen den Ausführungen Aufhäuser an. Schon jetzt habe sich ein Strom von Leuten zu den Bureaus ergossen — selbstverständlich aus wohlverstandenen nationalen Interessen. (Heiterkeit.) Wenn zu prüfen ist, welche Leute im Betriebe notwendig sind, dann muß Rücksicht genommen werden, auf jene, die bisher schon im Berufe tätig waren. Viele Unternehmer würden vielleicht unter der Wirkung des Gesetzes suchen, sich von den sozialen Lasten zu befreien, die ihnen die Unterstützung der Eingezogenen auferlegt habe. Das wäre ein schwerer Schlag für die Angestellten und deshalb sei es dringend notwendig, daß in den Ausschüssen die Interessen der Angestellten auch gewahrt würden.

Dr. Höfle, Vertreter der technischen Verbände, schließt sich auch den Ausführungen der Vorredner an und betont, daß in den besonderen Klüften der Angestellten sich nicht ein Ständebüchel geltend mache; sie seien vielmehr nur ein Ausfluß der be-

noch nicht zum dritten übersehen, sondern wieder zum zweiten. Wenn ich dann fertig wäre, nähme ich aus dem fünften und sechsten Tausend ein Billet, hielte es wieder ans Licht und zweifelte abermals. „Wollen Sie mir dies gefällig wechseln,“ würde ich sagen und den Kontoristen in vollen Schweiß heßen, jedoch er lächelte gar nicht wissen wüßte, wie er mich am besten los würde. Endlich wäre ich fertig, ging, öffnete die Tür; nein, entsetzlich, ich würde noch einmal zurückkommen und über irgend etwas mich befragen, eine Aufklärung erbitten — so würde ich es machen!“

„Was Ihr doch da Entsetzliches sprecht!“ jagte lächelnd Zametow. „Das ist nur Gespöch, aber bei der Tat selbst solltet Ihr schon stolpern. Da, sage ich Euch, können weder wir beiden uns, noch ein ganzerbener und verwegener Mensch sich beherrsigen. So hat man z. B. in unserem Stadtviertel jene Alte umgebracht. Der Mörder scheint ein ganz verzweifelter Kerl zu sein, mitten am hellen hellen Tage hat er es auf alle Gefahren hin gewagt, durch ein Wunder ist er davon gekommen — aber die Hände haben ihm doch zittert, er hat nicht zu stehen verstanden, nicht ausgehalten; das ist augenscheinlich!“

Rastolnikow schien darüber in Entrüstung zu geraten. „Offenbar? Aber dann jagt ihr doch, vorwärts! Jetzt!“ rief er Zametow schadenfroh anblickend. „Nun, man wird seiner schon habhaft werden.“

„Wer dann? Ihr?“ Das laßt nur bleiben! Die Hauptsache bei der Forderung ist, verschwendet ein Mensch auffallend viel Geld oder nicht? Erst hat einer nichts gehabt, dann jagt er plötzlich an in Saus und Braus zu leben — sollte der Mörder das nicht auch? So kann jedes Kind gegen Euch Ohrenbläser treiben, wenn es ihm beliebt!“

„So machen sie es in der Tat alle,“ antwortete Zametow, „erst morden sie mit List, und dann gehen sie in die Schenke und liegen da auf. Wegen ihren Ausgaben verhaftet man sie. Freilich sind nicht alle so schamlos wie Ihr; Ihr würdet wohl nicht in eine Schenke gehen, nicht wahr?“

Rastolnikow zog die Brauen und Zametow sah ihn aufmerk-

sam an. „Es scheint, Ihr wollt mich austandschaffen, um zu hören, wie ich in einem solchen Fall handeln würde?“ fragte er drohend. „Das wollte ich,“ antwortete Zametow festen und ersten Tones; er sprach und bläute fast zu ernst.

„Gern?“

„Sehr gern!“

„Gut. Ich würde folgendermaßen handeln,“ begann Rastolnikow, wiederum sein Gesicht nahe an dasjenige Zametows bringend, diesen wiederum durchdringend anblickend und flüsternd, jedoch er jetzt zu erstickern begann. „Ich würde es so machen: Ich bemächtigte mich alles Geldes und der Wertgegenstände und wenn ich den Ort verlassen hätte, ging ich zunächst irgendwohin, sondern verfügte mich an einen einsamen Ort, wo nur Zäune sich befanden, aber fast keine Menschenfüße sichtbar würde: etwa nach

einem Gemüsegarten oder etwas dergleichen. Diesen hätte ich schon früher gesehen, und auf dem Hof; nun, befände sich etwa ein Stein, vielleicht ein- oder anderthalb Fuß schwer, in einem Winkel etwa, am Zaune, der vielleicht vom Bau des Hauses noch herrührt. Ich würde diesen Stein aufheben — vielleicht wäre eine kleine Vertiefung darunter — und in diese Grube legte ich die Sachen und das Geld. Hierauf wälzte ich den Stein wieder darüber in derselben Stellung wie er zuvor gelegen, drückte mit dem Fuße die Erde um ihn an und ging meines Weges. Ein Jahr, vielleicht oder zwei, ja drei berührte ich denselben nicht — nun, sucht nur den Mörder! Er hat gemordet und ging unverfehrt aus!“

„Ihr seid wahnsinnig,“ jagte Zametow, ebenfals beinahe flüsternd und rückte plötzlich von Rastolnikow hinweg. Die Augen des letzteren funkelten, er sah fürchterlich bleich; seine Oberlippe quakte und bewegte sich auf und nieder. Er beugte sich zu Zametow hin, so nahe wie möglich, und flüsterte mit den Lippen, ohne ein verständliches Wort hervorzubringen; dies wahrte wohl eine halbe Minute. Er wußte, was er getan hatte, aber er vermochte sich nicht zu halten. Zurücksetzt er das Wort, es sprang, wie ehemals der Kiesel in der Tür, über seine Lippen; es riß sich los, um nur herauszukommen, nur ausgeprochen zu sein!

„Wie, wenn ich nun die Alte und Libabeta ermordet hätte?“ fuhr er plötzlich fort — da kam er zur Besinnung. Zametow schaute ihn entsetzt an und wurde bleich wie der Tod; sein Gesicht verzog sich zu einem Lächeln.

„Könnte das möglich sein?“ jagte er kaum vernehmbar. Rastolnikow bläute wild auf ihn.

„Geht, daß Ihr es geglaubt habt? — Ja, nicht wahr?“

„Durchaus nicht! Jetzt noch weniger als je!“ verzetzte Zametow häßlich.

„Endlich aus dem Konzept! Vielleicht habt Ihr früher Verdacht gehabt, wenn Ihr jetzt sagt, daß Ihr jetzt weniger als je daran glaubt?“

„Durchaus nicht!“ rief Zametow, offenbar ohne Fassung. „Ihr habt mich wohl deshalb so erschreckt, um mich hierzu zu bewegen?“

„Ihr glaubt also nicht daran? Aber wonon habt Ihr denn miteinander gesprochen, als ich das Bureau verlassen hatte? Deshalb hat mich denn der Leutnant ausgefragt, nachdem ich wieder aus der Ohnmacht erwacht war? Se da!“ rief er dem Kellner, aufstehend und nach seiner Kopfbedeckung greifend, „was bekommst du?“

„Dreißig Kopfen in Summa!“ erwiderte dieser, herbeistehend. „Hier sind noch zwanzig als Trinkgeld.“ „Wieviel Geld hier!“ zählte er, Zametow seine Hand, voll von Bankbilletts hinstreifend, „rote, blaue; es sind fünfundzwanzig Rubel; und moher ich sie habe?“ Woher ich meinen neuen Anzug habe? Ihr wißt doch, daß ich keine Kopfe in Vermögen hatte! Hattet doch schon meine Hauswirtin befragt! Nun, genug! Assez causer! Auf Wiedersehen, recht angenehmes!“

(Fortsetzung folgt.)

